## Schriftlicher Bericht

## des Ausschusses für Wissenschaft, Kulturpolitik und Publizistik

(8. Ausschuß)

über den Antrag der Abgeordneten Dr. Schulze-Vorberg, Dr. Schober, Raffert, Dr. Lohmar, Dr. Mühlhan und Genossen

— Drucksache V/3903 —

betr. Postzeitungsgebühren

## A. Bericht der Abgeordneten Raffert und Dr. Schulze-Vorberg

Der Antrag wurde in der 233. Sitzung des Deutschen Bundestages am 9. Mai 1969 dem Wissenschaftsausschuß federführend und dem Postausschuß zur Mitberatung überwiesen.

Der Postausschuß hat den Antrag in seiner Sitzung am 3. Juni 1969 beraten und dem Antrag in der vorliegenden Fassung zugestimmt.

Bei seiner abschließenden Beratung am 3. Juni 1969 ist der Wissenschaftsausschuß einstimmig zu dem Ergebnis gekommen, den Antrag nicht zu ändern. Hierbei ließ er sich von den Ergebnissen und Erkenntnissen leiten, die er bei seiner Meinungsbildung auf Grund der Sachverständigenanhörung

in den öffentlichen Informationssitzungen am 8. Februar 1968 und am 27. Februar 1969 zum Schlußbericht der Kommission zur Untersuchung der Gefährdung der wirtschaftlichen Existenz von Presseunternehmen und der Folgen der Konzentration für die Meinungsfreiheit in der Bundesrepublik Deutschland (Pressekommission) — Drucksache V/3122 — und der dazu ergangenen Stellungnahme der Bundesregierung — Drucksache V/3856 — gewonnen hat. Er ist der Auffassung, daß der zu erwartende Bericht wesentliche Aufschlüsse darüber geben wird, ob und in welcher Weise weitere unterstützende Maßnahmen zugunsten der Presse angeregt werden sollen.

Bonn, den 12. Juni 1969

Raffert

Dr. Schulze-Vorberg

Berichterstatter

## B. Antrag des Ausschusses

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag — Drucksache V/3903 — unverändert anzunehmen.

Bonn, den 12. Juni 1969

Der Ausschuß für Wissenschaft, Kulturpolitik und Publizistik

Raffert
Frau Geisendörfer Dr. Schulze-Vorberg
Stellv. Vorsitzende Berichterstatter